
An die Parlamentsdirektion

via Email

begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Mieming, am 23. September 2013

Betreff: Stellungnahme zur Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst

Sehr geehrte Damen und Herren!

In offener Frist übermittle ich meine Stellungnahme zum gegenständlichen Entwurf.

Vor einiger Zeit wurde der Entwurf für ein neues Lehrerdienstrecht in Begutachtung geschickt. Dass dies ohne sozialpartnerschaftliche Einigung geschah, erstaunt mich und halte ich für äußerst bedenklich.

Neben einigen Punkten, die ich unten anführe und die ich für unreflektiert-beschlossen halte, liegt mir ein Punkt besonders am Herzen:

Ich bin gerne und aus Leidenschaft Lehrer, die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen erfreut mich, ich erlebe es als Erfüllung, wenn ich jungen Menschen die unterschiedlichsten Fähigkeiten beibringen darf.

Doch leider kommt dieser Aspekt des Lehrerseins in letzter Zeit im mehr zu kurz – wir müssen soviel Bürokratie und Aufgaben erledigen, für die wir nicht ausgebildet sind.

Wir leisten in der Schule Arbeit, die in den Aufgabenbereich z.B. eines Schulpsychologen, einer Krankenschwester, eines Erziehers, einer Sanitäterin, eines Formularerstellers, einer Organisatorin, eines Mentors, einer Freizeitpädagogin, usw. fallen.

All diese Aufgaben gehören an Spezialisten vergeben – nicht an Lehrpersonen – und dafür ist dringend Unterstützungspersonal an der Schule notwendig!

Der internationale Vergleich ergibt: es fehlen einige tausend Personen an nicht-pädagogischen Kräften an Schulen!

Ich bitte darum, diesen und die folgenden Punkte zu berücksichtigen:

- Künftig sollen alle LehrerInnen gegen ihren Willen in jedem Fach, in jeder Schulstufe und in jeder Schulart eingesetzt werden können. Das ist allein schon aus pädagogischen Gründen strikt abzulehnen.
- Künftig soll der Bachelor reichen, um auch an AHS und BHS zu unterrichten. Das heißt, LehrerInnen sind nur halb so lange ausgebildet wie bisher. Das bedeutet ein massives Downgrading.
- Eine Erhöhung der Arbeitszeit um bis zu 40 % und finanzielle Verluste im Laufe eines Berufslebens von bis zu einer halben Million Euro trifft vorwiegend Frauen. Das neue Dienstrecht ist nicht nur leistungs-, sondern v. a. frauenfeindlich.
- Junge KollegInnen werden durch das neue Dienstrecht regelrecht „verheizt“: Es bedeutet massive Mehrbelastung ohne entsprechende Abgeltung und v. a. ohne adäquates Support-Personal an jeder einzelnen Dienststelle.

Mit freundlichen Grüßen,

Mag. Andreas Scheiring